Schweiz

Die möglichen Nachfolger von Calmy-Rey zögern

Der frei werdende Bundesratssitz der SP sollte die Parteibasis mobilisieren. Davon ist drei Wochen vor den Wahlen wenig zu spüren – weil sich die Kandidaten zurückhalten.

Von Richard Diethelm, Sitten

Zumindest bei zwei Mitgliedern der SP-Fraktion im Bundeshaus muss man nicht mehr spekulieren, ob sie sich um die Nachfolge von Micheline Calmy-Rey in der Landesregierung bewerben. Gestern gab der Walliser Nationalrat Stéphane Rossini in Sitten seine Kandidatur bekannt. Heute Dienstag tritt Ständerat Alain Berset in Freiburg vor die Medien – begleitet vom Präsidenten seiner Kantonalpartei. Diesen Aufwand hätte sich Berset erspart und stattdessen eine Mitteilung an die Medien versandt, wäre er nach reiflicher Überlegung zum Schluss gekommen, auf eine Kandidatur für den Bundesrat zu verzichten.

Unter den ernst zu nehmenden SP-Anwärtern auf den vakanten Bundesratssitz legen Rossini und Berset als einzige ihre Karten vor den eidgenössischen Wahlen am 23. Oktober offen auf den Tisch. Der Waadtländer Staatsrat Pierre-Yves Maillard sagte schon am Tag, als Calmy-Rey ihren Rücktritt auf Ende Jahr ankündigte, er werde erst in Kenntnis des Wahlergebnisses seiner Partei auf nationaler und kantonaler Ebene entscheiden, ob er für den Bundesrat kandidiere oder nicht.

Hoffen auf Genfer Kandidatur

Maillards Beispiel folgten inzwischen auch andere Papabili aus der SP der lateinischen Schweiz. (Der Anspruch dieser Landesteile auf Verteidigung des zweiten Sitzes im Bundesrat ist parteiintern unbestritten.) So wollen sich der Neuenburger Staatsrat und Ex-Ständerat Jean Studer ebenso wie die Tessiner Nationalrätin Marina Carobbio erst nach dem Wahltag im Oktober festlegen. Die jurassische Erziehungsministerin Elisabeth Baume-Schneider bekannte schon im September ihr Interesse am Amt. Aber auch sie «wird sich gewiss nicht vor dem 23. Oktober entscheiden», betonte gestern Loïc Dobler, der politische Sekretär der jurassischen Kantonalpartei.

Es ist höchst unsicher, ob es aus dem Kanton Genf, der mit Ruth Dreifuss und Micheline Calmy-Rey zwei Bundesrätinnen nacheinander stellte, einen Anwärter der SP geben wird. Die Parteileitung sprach zwar mit Ständerätin Liliane Maury Pasquier, dem früheren Genfer Stadtpräsidenten Manuel Tornare sowie dem Erziehungsdirektor Charles Beer. Doch Parteipräsident René Longet muss gestehen: «Es gibt noch keine persönliche Kandidatur.» Jetzt hofft der Parteivorstand, ein Aufruf zu einer Genfer Kandidatur im parteiinternen Mitteilungsblatt werde bis am 31. Oktober Früchte tragen. Dann läuft die von der SP Schweiz gesetzte Anmeldefrist ab.

Wo bleibt da die Mobilisierung der Basis, den die Strategen der nationalen Parteizentrale und Calmy-Rey mit ihrem frühzeitig angekündigten Rücktritt bewirken wollten? Man habe den möglichen Kandidierenden gesagt, sie könnten vor oder nach den eidgenössischen Wahlen ihre Bewerbung bekannt geben, rechtfertigt SP-Präsident Christian Levrat das Vorgehen. In der ersten – von Rossini und Berset gewählten – Variante finde eine Mobilisierung durch die Kandidaten statt. «In der zweiten Variante wird der 23. Oktober zu einem Test für die Kantonalpartei und ihren möglichen Kandidaten», sagt Levrat. In der Waadt hätten die Leute an der Basis die Gleichung verstanden: «Wer SP wählt, stärkt eine Kandidatur Maillard.» Für Levrat ist der Mobilisierungseffekt der zwei Wege «gleich gross».

Die «ernsthaft» am Bundesratsamt interessierte Nationalrätin Marina Carobbio wählte den zweiten Weg, «weil ich keine Alibikandidatin des Tessins sein will». Aufgrund des Ergebnisses ihrer Kantonalpartei, die einen frei werdenden Nationalratssitz zu verteidigen hat, und ihres persönlichen Resultats werde man sehen, «ob die Tessiner Bevölkerung eine Kandidatur aus dem Kanton wirklich will». Im Wallis geht die SP des welschen Kantonsteils diese Herausforderung dagegen proaktiv an. «Wenn die Walliser ihre Chance verbessern wollen, nach Pascal Couchepin erneut einen Bundesrat zu stellen, muss die SP am 23. Oktober vorankommen», sagte Parteipräsident Jean-Henri Dumont in Sitten.

Der Kandidat der Randgebiete

Der 48-jährige Stéphane Rossini strich daher gestern nicht nur seine grosse Erfahrung als Sozialforscher und seinen Leistungsausweis als Mitglied der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (seit 1999) hervor. Vielmehr empfahl sich der Professor an der Fachhochschule für soziale Arbeit in Lausanne auch als «Kandidat des Rand- und Berggebiets», das gegenwärtig im Bundesrat einzig durch Eveline Widmer-Schlumpf vertreten sei. Auf seine fehlende Erfahrung in einem politischen Exekutivamt angesprochen, sagte Rossini, er habe als ehemaliges Mitglied der Spitalkommission in Sitten und in der kantonalen Walliser Rettungsorganisation unter schwierigen Verhältnissen gute Führungsarbeit geleistet.

Er war der Erste: Der Walliser Nationalrat Stéphane Rossini gab gestern seine Kandidatur bekannt. Foto: Ruben Wyttenbach (Ex-Press)

Marina Carobbio
Die Nationalrätin (TI) und Vizepräsidentin der SP Schweiz wartet bis nach den Wahlen.

Jean Studer
Der frühere Ständerat (NE) und Bankrat der Nationalbank wartet bis nach den Wahlen.

Pierre-Yves Maillard
Der Waadtländer Gesundheits- und Sozialdirektor wartet bis nach den Wahlen.

Alain Berset
Der Ständerat (FR) tritt heute an.

Bundesratswahlen

Regierungsräte haben zwar mehr Erfahrung, aber geringere Chancen

Viele Politiker wünschen sich Bundesräte, die schon in einer kantonalen Exekutive regierten. Dennoch machen in der Regel National- oder Ständeräte das Rennen.

Von David Schaffner, Bern

Wenn Regierungsräte für den Bundesrat kandidieren, erleiden sie oft das gleiche Schicksal: Sie mögen noch so bekannt sein und lange als Favoriten gelten, letztlich scheitern sie an der fehlenden Hausmacht im Parlament und müssen zuschauen, wie parteiinterne Konkurrenten aus dem National- oder Ständerat mehr Stimmen gewinnen. Vor rund einem Jahr erging es der St. Galler Justizdirektorin Karin Keller-Sutter so, obwohl sie lange als nächste FDP-Bundesrätin gegolten hatte.

Ins Rennen um die Nachfolge von Micheline Calmy-Rey werden voraussichtlich Vertreter beider Kategorien steigen: Der Walliser Stéphane Rossini und der Freiburger Alain Berset blicken ausschliesslich auf Karrieren in Legislativen zurück. Pierre-Yves Maillard hingegen amtiert seit 2004 als Waadtländer Gesundheits- und Sozialdirektor. Im Gegensatz zur erfolglosen Keller-Sutter war er allerdings zwischen 1999 und 2004 auch Mitglied des nationalen Parlaments.

Viele Politiker sind der Ansicht, dass es wieder an der Zeit wäre, eine Person mit Regierungserfahrung ins höchste Amt zu wählen: «Ich wünsche mir mehr Exekutivpolitiker im Bundesrat», sagt etwa FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen. Er verweist wie mehrere seiner Kollegen darauf, dass sich die Arbeit in einem Parlament von jener in einer Regierung stark unterscheide.

FDP-Ständerat Felix Gutzwiller betont: «Im Bundesrat ist Führungserfahrung sehr wichtig.» Ein Minister müsse wissen, wie man Tausende von Menschen führe, wie man sie auf ein gemeinsames Ziel einschwöre und wie man Aufgaben delegiere. FDP-Nationalrätin Christa Markwalder erwähnt, dass es nicht allen Parlamentariern leicht falle, sich an die Kollegialität zu halten. Diesbezüglich hätten Regierungsräte ein klares Plus.

Der grüne Nationalrat Jo Lang meint, dass gerade für linke Parteien ein Regierungsmitglied mit Exekutiverfahrung von Vorteil sei. «In den Kantonen und im Bundesrat befinden wir uns in der Minderheit», erklärt er. «Wir brauchen deshalb unbedingt Kräfte, die bereits gelernt haben, wie sie ein bürgerliches Gremium für sich gewinnen können.»

Im Zweifelsfall für Ratskollegen

Obwohl vieles für Kandidaten aus einem Regierungsrat spricht, gehen viele Parlamentarier davon aus, dass es externe Bewerber wie Maillard bei den Wahlen im Dezember erneut schwierig haben werden: «Die persönliche Bekanntschaft spielt eine sehr wichtige Rolle», erklärt CVP-Nationalrat Norbert Hochreutener. «Kandidaten von aussen können die Parlamentarier nicht so gut einschätzen wie Kollegen, mit denen sie seit Jahren zusammenarbeiten.» Aus diesem Grund würden viele Parlamentarier im Zweifelsfall für einen Ratskollegen votieren, ist Hochreutener überzeugt. Es sei denn, ein Regierungsrat oder eine Regierungsrätin empfehle sich besonders für das Amt – wie 2003 Micheline Calmy-Rey. Die Genferin hatte in ihrem Kanton als Finanzministerin einen harten Sparkurs aufgegleist und galt daher als Favoritin der Bürgerlichen.

Maillard könnte im Dezember über den Vorteil verfügen, dass er das Parlament kennt und Regierungserfahrung hat. Seit seinem Rücktritt als Nationalrat gab es indes viele personelle Wechsel in den Räten. Wasserfallen meint daher: «Kandidaten aus Kantonsregierungen hätten sich schon in der Herbstsession im Parlament vorstellen müssen.» In den verbleibenden Wochen bleibe ihnen wohl zu wenig Zeit, um genügend Werbung in eigener Sache machen zu können.

Kandidat fliegt wegen Hitlergruss aus Partei

Die Schweizer Demokraten schliessen einen ihrer Nationalratskandidaten aus der Partei aus. Vom 28-jährigen Berner Oberländer Jonas Schneeberger tauchte ein Foto auf, das ihn in Hitlergruss-Pose im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald zeigt.

Schneeberger werde in den nächsten Tagen – also noch vor den eidgenössischen Wahlen – aus der Partei ausgeschlossen, bestätigte Adrian Pulver, Zentralsekretär der Schweizer Demokraten (SD), eine Meldung von «20 Minuten». Der Ausschluss gilt laut Pulver sowohl für die Mutterpartei als auch die Berner Kantonalsektion. Hingegen verbleibt Schneeberger auf der Berner SD-Liste für die Nationalratswahlen. Dies könne aus rechtlichen Gründen nicht mehr geändert werden.

Es ist nicht das erste Mal, dass ein Nationalratskandidat der SD wegen mutmasslich rechtsextremer Aktivitäten für negative Schlagzeilen sorgt. 2007 trat der damalige SD-Vizepräsident Roland Wagner von seinem Posten zurück, weil er mit deutschen Neonazis in der Schweiz eine unbewilligte Schiessübung durchgeführt hatte. *(SDA)*

Nachrichten

Armee

Militärjustiz ermittelt wegen Tauf-Ritual in WK

Nach einem sogenannten Tauf-Ritual in einem WK für Panzergrenadiere in Bure JU schaltet die Armee die Militärjustiz ein. Wie ein Video auf Blick.ch zeigt, ist es zu entwürdigenden Szenen gekommen. Die neuen Grenadiere mussten unter anderem rohe Eier inklusive Schale herunterwürgen und Bier aus ihren Stiefeln trinken. Laut dem Bericht wurde den neuen Grenadieren auch befohlen, in Unterhosen das Abendessen zu servieren. Die Vorkommnisse seien gravierend, sagt Armeesprecher Daniel Reist. Der zuständige Brigadekommandant habe erst durch den Onlineartikel Kenntnis vom Vorfall bekommen. Inwieweit der Kompaniekommandant, also der direkte WK-Verantwortliche, von der Taufe wusste oder sogar an dieser beteiligt war, wird die Militärjustiz untersuchen. Ein entsprechendes Verfahren wird laut dem Armeesprecher heute Dienstag eröffnet. *(SDA)*

Wehrpflicht

Vorschlag: Freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst

Die Wehrpflicht soll den sinkenden Armeebeständen angepasst werden. Das schlägt die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) vor. Sie will, dass Schweizer Männern die freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst offen steht. Schon heute sei ein Drittel der dienstpflichtigen Schweizer untauglich, sagte Pierre Maudet (FDP), Präsident der EKKJ und Genfer Stadtpräsident, gestern vor den Medien. «Damit wird die in der Verfassung verankerte Dienstpflicht nicht mehr respektiert.» Bei einer auf 100 000 Mann verkleinerten Armee werde sich die Ungerechtigkeit noch weiter verschärfen. «Das System ist nicht mehr haltbar», sagte Maudet. Im Unterschied zu heute sollen die Dienste gleich lange dauern. *(SDA)*

Besuch

Indische Präsidentin vom Bundesrat empfangen

Die indische Präsidentin Prathibha Patil hat gestern Montag ihren zweitägigen Staatsbesuch in der Schweiz begonnen. Auf dem Bundesplatz in Bern wurden die 76-Jährige und ihr Ehemann vom Bundesrat – es fehlte Justizministerin Simonetta Sommaruga – mit militärischen Ehren empfangen. Am Morgen hatten Patil und ihre Delegation einen privaten Spaziergang in der Berner Altstadt unternommen. *(SDA)*

Uni Freiburg

Professor gibt wegen Plagiat Amt des Vizerektors ab

Der Freiburger Universitätsprofessor Philippe Gugler gibt nach einer Untersuchung zu Plagiatsvorwürfen sein Amt als Vizerektor ab. In seinem Werk fanden sich acht Seiten ohne Quellenangabe. Allerdings ist Gugler für keine der Publikationen allein verantwortlich. *(SDA)*